

# Montagsdemo

## Erwerbslose gefügig machen

Während die angemessen bezahlte Lohnarbeit zurückgedrängt wird, wird der Druck auf Erwerbslose durch Sanktionen, unsinnige Maßnahmen und Zeitarbeit weiter erhöht.

Nach internen Vorgaben werden Chefs von Jobcentern dazu gedrängt, 30 bis 40 Prozent der Hartz IV-Empfänger mit Sanktionen zu belegen. Diese Quote soll erbracht werden, unabhängig davon, ob sich die Arbeitslosen konkret verhalten oder nicht, teilte das Radiomagazin „Politikum“ mit (WDR 5, Sendung vom 23.03.2009). Die übliche Medien-Propaganda zu diesem Thema lautet etwa: „*Arbeitsunwillige Hartz IV-Empfänger werden verstärkt sanktioniert.*“

Mit dem Auslaufen der Kurzarbeits-Schonfrist vor der Bundestagswahl ist nun in naher Zukunft mit der großen Kündigungswelle zu rechnen. Seriöse Schätzungen gehen zunächst von 860.000 vernichteten Arbeitsplätzen aus. Immer mehr Arbeitswillige werden nach und nach dem Götzen „Raubtier-Kapitalismus“ geopfert.

Informieren Sie sich rechtzeitig, was Sie nach Ihrer Lohnarbeit erwartet.

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - **Blatt 183 05.10.2009**

Armin Kligge 02371-2940 Johannes Peeren 02371-31934

Ulrich Wockelmann [uwockelmann\(at\)gmx.de](mailto:uwockelmann(at)gmx.de)

<http://gpunktiserlohn.gp.ohost.de/montagsdemo.html>

# Montagsdemo

## Erwerbslose gefügig machen

Während die angemessen bezahlte Lohnarbeit zurückgedrängt wird, wird der Druck auf Erwerbslose durch Sanktionen, unsinnige Maßnahmen und Zeitarbeit weiter erhöht.

Nach internen Vorgaben werden Chefs von Jobcentern dazu gedrängt, 30 bis 40 Prozent der Hartz IV-Empfänger mit Sanktionen zu belegen. Diese Quote soll erbracht werden, unabhängig davon, ob sich die Arbeitslosen konkret verhalten oder nicht, teilte das Radiomagazin „Politikum“ mit (WDR 5, Sendung vom 23.03.2009). Die übliche Medien-Propaganda zu diesem Thema lautet etwa: „*Arbeitsunwillige Hartz IV-Empfänger werden verstärkt sanktioniert.*“

Mit dem Auslaufen der Kurzarbeits-Schonfrist vor der Bundestagswahl ist nun in naher Zukunft mit der großen Kündigungswelle zu rechnen. Seriöse Schätzungen gehen zunächst von 860.000 vernichteten Arbeitsplätzen aus. Immer mehr Arbeitswillige werden nach und nach dem Götzen „Raubtier-Kapitalismus“ geopfert.

Informieren Sie sich rechtzeitig, was Sie nach Ihrer Lohnarbeit erwartet.

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - **Blatt 183 05.10.2009**

Armin Kligge 02371-2940 Johannes Peeren 02371-31934

Ulrich Wockelmann [uwockelmann\(at\)gmx.de](mailto:uwockelmann(at)gmx.de)

<http://gpunktiserlohn.gp.ohost.de/montagsdemo.html>

# Montagsdemo

## Erwerbslose gefügig machen

Während die angemessen bezahlte Lohnarbeit zurückgedrängt wird, wird der Druck auf Erwerbslose durch Sanktionen, unsinnige Maßnahmen und Zeitarbeit weiter erhöht.

Nach internen Vorgaben werden Chefs von Jobcentern dazu gedrängt, 30 bis 40 Prozent der Hartz IV-Empfänger mit Sanktionen zu belegen. Diese Quote soll erbracht werden, unabhängig davon, ob sich die Arbeitslosen konkret verhalten oder nicht, teilte das Radiomagazin „Politikum“ mit (WDR 5, Sendung vom 23.03.2009). Die übliche Medien-Propaganda zu diesem Thema lautet etwa: „*Arbeitsunwillige Hartz IV-Empfänger werden verstärkt sanktioniert.*“

Mit dem Auslaufen der Kurzarbeits-Schonfrist vor der Bundestagswahl ist nun in naher Zukunft mit der großen Kündigungswelle zu rechnen. Seriöse Schätzungen gehen zunächst von 860.000 vernichteten Arbeitsplätzen aus. Immer mehr Arbeitswillige werden nach und nach dem Götzen „Raubtier-Kapitalismus“ geopfert.

Informieren Sie sich rechtzeitig, was Sie nach Ihrer Lohnarbeit erwartet.

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - **Blatt 183 05.10.2009**

Armin Kligge 02371-2940 Johannes Peeren 02371-31934

Ulrich Wockelmann [uwockelmann\(at\)gmx.de](mailto:uwockelmann(at)gmx.de)

<http://gpunktiserlohn.gp.ohost.de/montagsdemo.html>

# Montagsdemo

## Erwerbslose gefügig machen

Während die angemessen bezahlte Lohnarbeit zurückgedrängt wird, wird der Druck auf Erwerbslose durch Sanktionen, unsinnige Maßnahmen und Zeitarbeit weiter erhöht.

Nach internen Vorgaben werden Chefs von Jobcentern dazu gedrängt, 30 bis 40 Prozent der Hartz IV-Empfänger mit Sanktionen zu belegen. Diese Quote soll erbracht werden, unabhängig davon, ob sich die Arbeitslosen konkret verhalten oder nicht, teilte das Radiomagazin „Politikum“ mit (WDR 5, Sendung vom 23.03.2009). Die übliche Medien-Propaganda zu diesem Thema lautet etwa: „*Arbeitsunwillige Hartz IV-Empfänger werden verstärkt sanktioniert.*“

Mit dem Auslaufen der Kurzarbeits-Schonfrist vor der Bundestagswahl ist nun in naher Zukunft mit der großen Kündigungswelle zu rechnen. Seriöse Schätzungen gehen zunächst von 860.000 vernichteten Arbeitsplätzen aus. Immer mehr Arbeitswillige werden nach und nach dem Götzen „Raubtier-Kapitalismus“ geopfert.

Informieren Sie sich rechtzeitig, was Sie nach Ihrer Lohnarbeit erwartet.

Sauerländer Erwerbslosen-Initiative - **Blatt 183 05.10.2009**

Armin Kligge 02371-2940 Johannes Peeren 02371-31934

Ulrich Wockelmann [uwockelmann\(at\)gmx.de](mailto:uwockelmann(at)gmx.de)

<http://gpunktiserlohn.gp.ohost.de/montagsdemo.html>

## Auszug: ALG II - Bußgeldkatalog

- Melde-Versäumnis: ( z.B. 2 Termine versäumt): ca. 108 €
- „Pflichtverletzung“ Eingliederungsvertrag ca. 324 €
- „Arbeit“ verweigert (z.B. 1-€-Job, Zeitarbeit) ca. 324 €
- Abbruch „Eingliederungsmaßnahme“ ca. 324 €
- Weigerung „Bewerbungstraining“ ca. 324 €

Die Sanktions-Statistik der BA weist für die Monate Jan-Mai 2009 für den Märkischen Kreis **1703 Bußgelder** aus. 724mal wurden angeblich Meldepflichten verletzt. 377mal wurden Pflichtverletzungen behauptet. (z.B. wurden statt 3 geforderter Bewerbungen nur 2 nachgewiesen = 324 € Bußgeld). 366mal „Arbeitsverweigerung“ – z.B. 1-€-Jobs oder Niedriglohn in Zeitarbeit)

Manche Mitarbeiter entscheiden völlig gedankenlos „nach Aktenlage“, d.h. Menschen wird systematisch Schaden und Leid zugefügt, als ob Arbeitslosigkeit nicht schon Strafe genug wäre. Die Vermittlung in prekäre Beschäftigung unter Zwang verletzt die Würde des Menschen und verstößt gegen das Grundgesetz auf freie Berufswahl.

Widerspruch und Klage haben häufig gute Chancen.

Während millionenschwere Steuerhinterzieher wie der Deutsche Bank Chef Josef Ackermann von der Bundeskanzlerin – und damit auf Kosten der Steuerzahler – zur Tafel geladen wird, werden unverschuldet arbeitslos Gemachte aus Kostengründen mit drakonischen Bußgeldern schikaniert.

## Auszug: ALG II - Bußgeldkatalog

- Melde-Versäumnis: ( z.B. 2 Termine versäumt): ca. 108 €
- „Pflichtverletzung“ Eingliederungsvertrag ca. 324 €
- „Arbeit“ verweigert (z.B. 1-€-Job, Zeitarbeit) ca. 324 €
- Abbruch „Eingliederungsmaßnahme“ ca. 324 €
- Weigerung „Bewerbungstraining“ ca. 324 €

Die Sanktions-Statistik der BA weist für die Monate Jan-Mai 2009 für den Märkischen Kreis **1703 Bußgelder** aus. 724mal wurden angeblich Meldepflichten verletzt. 377mal wurden Pflichtverletzungen behauptet. (z.B. wurden statt 3 geforderter Bewerbungen nur 2 nachgewiesen = 324 € Bußgeld). 366mal „Arbeitsverweigerung“ – z.B. 1-€-Jobs oder Niedriglohn in Zeitarbeit)

Manche Mitarbeiter entscheiden völlig gedankenlos „nach Aktenlage“, d.h. Menschen wird systematisch Schaden und Leid zugefügt, als ob Arbeitslosigkeit nicht schon Strafe genug wäre. Die Vermittlung in prekäre Beschäftigung unter Zwang verletzt die Würde des Menschen und verstößt gegen das Grundgesetz auf freie Berufswahl.

Widerspruch und Klage haben häufig gute Chancen.

Während auffällig gewordene Steuerhinterzieher wie Deutsche Bank Chef Josef Ackermann von der Bundeskanzlerin – und damit auf Kosten der Steuerzahler – zur Tafel geladen wird, werden unverschuldet arbeitslos Gemachte aus Kostengründen mit drakonischen Bußgeldern schikaniert.

## Auszug: ALG II - Bußgeldkatalog

- Melde-Versäumnis: ( z.B. 2 Termine versäumt): ca. 108 €
- „Pflichtverletzung“ Eingliederungsvertrag ca. 324 €
- „Arbeit“ verweigert (z.B. 1-€-Job, Zeitarbeit) ca. 324 €
- Abbruch „Eingliederungsmaßnahme“ ca. 324 €
- Weigerung „Bewerbungstraining“ ca. 324 €

Die Sanktions-Statistik der BA weist für die Monate Jan-Mai 2009 für den Märkischen Kreis **1703 Bußgelder** aus. 724mal wurden angeblich Meldepflichten verletzt. 377mal wurden Pflichtverletzungen behauptet. (z.B. wurden statt 3 geforderter Bewerbungen nur 2 nachgewiesen = 324 € Bußgeld). 366mal „Arbeitsverweigerung“ – z.B. 1-€-Jobs oder Niedriglohn in Zeitarbeit)

Manche Mitarbeiter entscheiden völlig gedankenlos „nach Aktenlage“, d.h. Menschen wird systematisch Schaden und Leid zugefügt, als ob Arbeitslosigkeit nicht schon Strafe genug wäre. Die Vermittlung in prekäre Beschäftigung unter Zwang verletzt die Würde des Menschen und verstößt gegen das Grundgesetz auf freie Berufswahl.

Widerspruch und Klage haben häufig gute Chancen.

Während auffällig gewordene Steuerhinterzieher wie Deutsche Bank Chef Josef Ackermann von der Bundeskanzlerin – und damit auf Kosten der Steuerzahler – zur Tafel geladen wird, werden unverschuldet arbeitslos Gemachte aus Kostengründen mit drakonischen Bußgeldern schikaniert.

## Auszug: ALG II - Bußgeldkatalog

- Melde-Versäumnis: ( z.B. 2 Termine versäumt): ca. 108 €
- „Pflichtverletzung“ Eingliederungsvertrag ca. 324 €
- „Arbeit“ verweigert (z.B. 1-€-Job, Zeitarbeit) ca. 324 €
- Abbruch „Eingliederungsmaßnahme“ ca. 324 €
- Weigerung „Bewerbungstraining“ ca. 324 €

Die Sanktions-Statistik der BA weist für die Monate Jan-Mai 2009 für den Märkischen Kreis **1703 Bußgelder** aus. 724mal wurden angeblich Meldepflichten verletzt. 377mal wurden Pflichtverletzungen behauptet. (z.B. wurden statt 3 geforderter Bewerbungen nur 2 nachgewiesen = 324 € Bußgeld). 366mal „Arbeitsverweigerung“ – z.B. 1-€-Jobs oder Niedriglohn in Zeitarbeit)

Manche Mitarbeiter entscheiden völlig gedankenlos „nach Aktenlage“, d.h. Menschen wird systematisch Schaden und Leid zugefügt, als ob Arbeitslosigkeit nicht schon Strafe genug wäre. Die Vermittlung in prekäre Beschäftigung unter Zwang verletzt die Würde des Menschen und verstößt gegen das Grundgesetz auf freie Berufswahl.

Widerspruch und Klage haben häufig gute Chancen.

Während auffällig gewordene Steuerhinterzieher wie Deutsche Bank Chef Josef Ackermann von der Bundeskanzlerin – und damit auf Kosten der Steuerzahler – zur Tafel geladen wird, werden unverschuldet arbeitslos Gemachte aus Kostengründen mit drakonischen Bußgeldern schikaniert.